

Fremde Federn: Johannes Singhammer

Die asymmetrische Zuwanderung löst kein Problem

Zwei atemberaubende Entwicklungstrends verändern Deutschland nachhaltig: die in der Öffentlichkeit alles andere verdrängend diskutierte Zuwanderung von sage und schreibe mehr als einer Million Menschen im Jahr 2015 sowie die – nebenbei gelegentlich wahrgenommene – Alterung und der demographische Verfall Deutschlands in den zurückliegenden Jahrzehnten. In diesem schlechenden und verdrängten Prozess verbirgt sich nicht weniger Dramatik als in der Migrationswucht.

Wurden 1964 in den damals zwei deutschen Staaten noch 1,3 Millionen Babys geboren, war es 2014 im wiedervereinigten Deutschland nur noch rund die Hälfte. Mit einigen wenigen Staaten teilt sich Deutschland den zweifelhaften Spitzenplatz der geringsten demographischen Zukunftsfähigkeit und muss sich dafür aus allein diesem Grund vom französischen Nachbarn als der eigentliche kranke Mann Europas kritisieren lassen.

Nun meinen einige, es sei eine wunderbare Fügung der Geschichte, dass sich gerade jetzt die beiden nachhaltigen Entwicklungen für Europa und Deutschland ergänzen: rasche hohe Zuwanderung und eine ebenso dynamisch absackende Baby- und Kinderfruchtbarkeit mit Geburtenknick. Zum dauerhaften Jubilieren fehle nur noch eine gelungene administrative Steuerung der Zuwanderung.

Zu einer „Also alles paletti“-Stimmung besteht aber nicht der geringste Anlass. Zuwanderung, gleichgültig in welcher Größenordnung, mag das Demographieproblem Deutschlands und vieler anderer europäischer Länder rein rechnerisch lindern, kann es aber keinesfalls lösen. Eine Behörde mit untadeligem Ruf hat sich erlaubt, am 20. Januar 2016 in aller Vorsicht darauf hinzuweisen. Das Statistische Bundesamt formulierte kurz und knapp: „Alterung der Bevölkerung durch aktuell hohe Zuwanderung nicht umkehrbar.“

Um einen Ausgleich bei der aktiven Erwerbsbevölkerung in der Gruppe von 20 bis 66 Jahren zu erreichen, wäre eine ungeheuer hohe Zuwanderungszahl notwendig. Diese Migranten müssten zugleich auch bestens ausgebildet sein und über ideale Integrationseigenschaften verfügen. Vor allem wäre es vorteilhaft, wenn sich die Zuwanderer einigermaßen harmonisch in alle Altersgruppen und die Geschlechterverteilung einfügen. Die Realität: Es kommen aber zu uns wenig Ältere, sondern zu 80 Prozent junge Männer im Alter bis 30 Jahren und kaum junge Frauen. Diese Asymmetrie in der Zuwanderung nicht wahrzunehmen wäre verhängnisvoll.

Die Integrationsanforderung verdichtet sich auf wenige Alterskohorten und stößt damit an Grenzen. Noch gelingt Integration etwa in München, obwohl dort bereits 50 Prozent der jungen Men-

schen bis 18 Jahren einen sogenannten Migrationshintergrund haben. Es geht also. Aber wie wird Integration ohne Brüche und Konflikte noch möglich sein, wenn sich die Zahl der Menschen mit deutscher Herkunft in bestimmten Altersgruppen und Städten in eine Minorität verwandelt?

In vielen Nachbarstaaten erfährt das Ziel einer angemessenen Geburtenzahl eine wesentlich höhere Aufmerksamkeit. Schweden und Frankreich halten eine demographische Offensive in ihren Ländern für notwendig. Wir in Deutschland sollten nicht hochmütig herablassend diese Diskussionen bewusst ignorieren, sondern vielmehr gilt auch in der Demographie: Ein Sonderweg Deutschlands wäre nicht vorteilhaft.

Was also tun? Die Balance zwischen den Generationen muss in den Mittelpunkt nicht nur des öffentlichen Interesses, sondern der politischen Entscheidungen gerückt werden. Familien- und Kinderfreundlichkeit müssen endgültig den Status von nur wünschenswerten Perspektiven verlassen und durchgesetzte Wirklichkeit werden. Ein Deutschland, das nachhaltigen Wohlstand für die jüngere Generation schaffen will, braucht mehr Kinder und daher mehr Menschen, die sich die Realisierung ihres Kinderwunsches zutrauen. Das kostet Geld, aber was machbar ist, zeigt die gewaltige Kraftanstrengung zur Aufnahme der Migranten: 50 Milliarden Euro

für die Jahre 2015 und 2016 sind offenkundig schnell aufzufinden gewesen.

Wir können auch von anderen Ländern lernen. Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hat in einer eindrucksvollen Studie die demographischen Anstrengungen vergleichbarer Länder untersucht und ihre Erfolge analysiert. Wahlfreiheit der Eltern bei Leistungen des Staates, finanzielle Gerechtigkeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf scheinen eine entscheidende Rolle zu spielen.

Auf dumpfe Niedergeschlagenheit, die sich auf Kommentare wie „staatliches politisches Handeln sei völlig wirkungslos“ beschränkt, darf man nicht hören. In den vergangenen Jahren hat unser Land eine Reihe von familienpolitischen Eckpunkten mit durchaus nachprüfbarer Wirkung umgesetzt. Im Jahr 2014 stieg die Zahl der Kinder, die eine Frau auf die Welt brachte, auf durchschnittlich 1,47, das ist der bisher höchste gemessene Wert im vereinigten Deutschland, so das Statistische Bundesamt. Auch wenn 2,1 Kinder für eine Gesellschaft im Gleichgewicht nötig wären und immer noch 200 000 Menschen mehr sterben im Jahr als geboren werden.

Deutschland braucht eine demographische Offensive, um die Integration zu bewältigen.

Der Autor ist Mitglied der CSU und Vizepräsident des Deutschen Bundestags.